DIE LUPE

DIE LINKE.
Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg
dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

DIE LUPE *http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/*

Januar-Februar 2016

Pressemitteilung:

Die Abgeordneten der LINKEN Tempelhof Schöneberg zur Bebauung des Tempelhofer Feldes:

Räumliche und Soziale Ausgrenzung schafft keine Lösung sondern Probleme!

100% Tempelhofer Feld: 23. Januar 2016, Foto Harald Gindra

Am 23. Januar demonstrierten mehr als 500 Menschen gegen die Einrichtung einer Massen-Unterkunft in den Hangars und mit Behelfsbauten auf dem Vorfeld. Aufgerufen hatte eine Kiezinitiative aus Neukölln, die auch direkte Unterstützung von Flüchtlingen organisiert. Zahlreiche Bewohner_innen aus der bestehenden Hangar-Notunterkunft nahmen ebenfalls teil. In einem detailreichen Beitrag stellte ein Geflüchteter die Widrigkeiten der Unterbringung dar. Nach wie vor sind sanitäre Bedingungen, die Enge in den provisorischen Abteilen, der Lärm in den großen Hallen und die Bewegungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten von Erwachsenen und der vielen Kinder unzumutbar. Die Initiative 100% THF, die das erfolgreiche Volksgesetz zum Tempelhofer Feld gegen die Bebauung organisiert hatte, trat gegen die am 28.1. dann von der SPD-/CDU-Koalition durchgepeitschte Änderung des THF-Gesetzes auf. *H. Gindra*

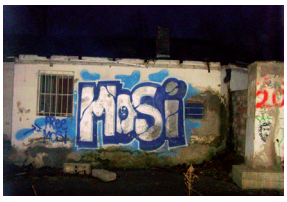
„Der nun geplante Ausbau der Massenunterkunft auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof ist ein integrationspolitisches Desaster und gleichzeitig eine Missachtung demokratischer Prinzipien.“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Azize Tank, Sprecherin für soziale Menschenrechte der Bundestags-Fraktion DIE LINKE. anlässlich der heutigen Plenarsitzung im Berliner Abgeordnetenhaus, in der SPD und CDU die umstrittene Änderung des Tempelhofer Feld – Gesetzes beschlossen haben. Nach den neuen Plänen sollen etwa 7000 Menschen auf dem Vorfeld des Flughafens und in den Hangars des ehemaligen Flughafengeländes untergebracht werden. Azize Tank weiter:

„Die sich damit weiter verschärfende räumliche und soziale Ausgrenzung von Menschen ist aus humanitären Gesichtspunkten unzumutbar. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, die mit den Bestimmungen des UN-Sozialpaktes in Einklang stehen. So muss auf eine dezentrale Unterbringung gesetzt werden. Viele Bewohner_innen leben jetzt schon seit über drei Monaten auf engstem Raum. Dabei wird ihr elementares Recht auf Einhaltung der Privatsphäre missachtet. Ein Ende dieses Zustandes ist nicht absehbar. Das Soziale Menschenrecht auf angemessenen Wohnraum wird dadurch in großem Stil mit Füßen getreten. Von Bemühungen um gesellschaftliche Inklusion und soziale Teilhabe kann keine Rede sein.

Fortsetzung auf Seite 6

„Fluchtursachen statt Flüchtlinge bekämpfen!“
Freitag, 12. Februar 2016, um 17 Uhr, *anschließend* der LINKE Neujahrsempfang
Freitag, 12. Februar 2016, um 19 Uhr
Rathaus Schöneberg, Raum 195 *Seite 3*

Veranstaltung im Rahmen des Frauenmärz 2016
Krieg, Vertreibung und Fluchtursachen: *Seite 5*



Skepsis bei Vorzertifizierung eines Bauprojektes an der Bautzener Straße *Seite 6*

Potse
Jugendeinrichtungen Potse und Drugstore haben „Gnadenfrist“ *Seite 7*
Keine Ausweitung von Massenunterkünften auf dem Tempelhofer-Feld *Seite 3*

Rathaus öffnen

Hier kurze Hinweise, wie man (derzeit) die Rathaus-Politik im Bezirk direkt beeinflussen kann. Der Arbeitskreis Kommunales und die Verordneten von DIE LINKE beraten und unterstützen Sie/Dich gerne dabei.

Einwohnerfragen zur BVV: Zu jeder BVV-Sitzung können Einwohnerinnen und Einwohner am Anfang der Sitzung Anliegen öffentlich machen und eine Antwort vom Bezirksamt abfordern.
Näheres: http://www.berlin.de/ba.tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/frage.html

Bürgerbegehren und Bürgerbescheid: Grundsätzlich sind Bürgerbegehren zu allen Themenbereichen möglich, in denen die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlussberechtigt ist.
Näheres: http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/info/mehr_demokratie.html

Eingaben und Beschwerden: Probleme mit Entscheidungen der Verwaltung können als Petition an den BVV-Ausschuss eingereicht werden.
Näheres: http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/formular.php

Bürgerbeteiligung bei Bebauungsplänen: Bei neuen Bebauungsplänen sind Interventionen möglich.
Näheres: http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/organisationseinheit/planen/bebaungsplaene.html

BVV-Sondermittel: „Zuschüsse für Vereine, Bürgerinitiativen und Projekte aller Art".
Näheres: http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/wissen.html

BVV am 16 Dezember 2015

Geplante Bebauung am Mühlenberg
Es gab gleich mehrere Bürgeranfragen zur geplanten Bebauung der Gewobag am Mühlenberg, die besonders bei den AnwohnerInnen auf Unverständnis stößt und als problematisch angesehen wird. Stadträtin Klotz (Grüne) bezog sich bei der Beantwortung auf die 2. BürgerInnenversammlung, welche den Siegerentwurf hervorhob, bei dem „trotz Nachverdichtung viel Grün erhalten" bliebe. Wegen der Kritik bei der letzten BürgerInnenversammlung u.a. wegen Wegfall von Grünflächen, Verschattung, Mangel an vorhandenen Parkplätzen, Bauen im hochpreisigen Segment und letztendlich dreiste Täuschung über die Anzahl der geplanten Wohnungen wird es eine dritte Versammlung geben. Laut Klotz soll der Siegerentwurf dann „modifiziert" vorgestellt werden. Der Vorhaben bezogene Bebauungsplan soll dann nach dem Aufstellungsbeschluss als Diskussionsgrundlage den betroffenen MieterInnen zur Verfügung gestellt werden.

Unterbringung von Flüchtlingen
Auf die Große Anfrage (Drs. 1723) von BV Ickes (Piraten) zur Unterbringung von Flüchtlingen in Hostels und Pensionen antwortete Stadträtin Klotz (Grüne), dass „sukzessive vermehrte Zuzüge in Hostels / Pensionen überwiegend in der Region Schöneberg" auffielen. Erfasst wurden diese anhand der 112 schulpflichtigen Kinder, wobei es durchaus möglich sei, dass noch andere Hostels oder Pensionen mit Flüchtlingsfamilien mit Kindern, die unterhalb der Schulpflicht liegen, vorhanden sein können. Das Lageso (Landesamt für Gesundheit und Soziales), das auch Kostenträger ist, gibt dem Bezirksamt die genaue Anzahl der Flüchtlinge nicht bekannt. Schwierig wird es für diesen Personenkreis, da notwendige gesundheitliche Untersuchung und Informationen bei ihnen nicht ankommen, wenn es keine offiziellen Informationen für das Bezirksamt gibt. Auch bleibt die Frage der Unsicherheit der Betroffenen unbeantwortet, die sich immer wieder um eine Kostenübernahme durch das Lageso bemühen müssen.

Friedensmal auf IKEA-Gelände findet hoffentlich bald angemessenen Standort
Nach der Beschlussvorlage aus dem Ausschuss für Bildung und Kultur wurde nun endlich der Beschluss gefasst, das Anti-Kriegsmahnmal auf dem IKEA-Gelände an gebührende Stelle umzusetzen, aber erst wenn die derzeitig bestehende Haushaltssperre aufgehoben ist. Es soll dann in der Nähe des Haupteingangs auf einem Grünstreifen aufgestellt und mit einer noch zu ergänzenden Informationstafel zum zeitgeschichtlichen Hintergrund ergänzt werden. Das derzeitige IKEA-Gelände gehörte ehemals der Reichsbahn, und Werksangehörige haben dort für ihre vom Krieg ermordeten Kollegen ein Friedensmal aufgestellt. Zu lesen ist da u.a. „Du darfst nicht der Nächste sein, darum kämpfe mit uns für den Frieden". IKEA hat sich damals bei Übernahme des Grundstücks zur Pflege des Denkmals verpflichtet. Wenn die Umsetzung erfolgt ist, wird es wahrscheinlich weniger Vandalismus zu beklagen geben, da es ständig von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden kann.

Elisabeth Wissel

Azize Tank, MdB DIE LINKE
Elisabeth Wissel und **Harald Gindra,** Bezirksverordnete DIE LINKE
DIE LINKE Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg
laden herzlich ein zur Veranstaltung:

„Fluchtursachen statt Flüchtlinge bekämpfen!"

Freitag, 12. Februar 2016,
um 17:00 Uhr
Rathaus Schöneberg, Raum 195
Es diskutieren: **Sevim Dağdelen**, Beauftragte der Fraktion DIE LINKE für Integration und Migration
Dr. Gerd Wiegel, Referent für Rechtsextremismus/Antifaschismus der Linksfraktion
Moderation: Azize Tank, MdB, Sprecherin für soziale Menschenrechte der Linksfraktion
Auch im neuen Jahr wünschen wir uns einen engen Kontakt im Einsatz für ein soziales und solidarisches Tempelhof-Schöneberg.
Whlkreisbüro: Tel. : +49 30 98 354-777
DIE LINKE T-S: Tel. : +49 30 21 997-140
E-Mail: azize.tank.wk@bundestag.de
bezirk.@dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Anschließend:

Der LINKE Neujahrsempfang

Freitag, 12. Februar 2016,
um 19:00 Uhr
Rathaus Schöneberg, Raum 195
Programm:
Begrüßung durch **Carsten Schulz**, Bezirksvorsitzender DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg
Grußwort von **Azize Tank**, MdB; Redebeiträge von **Elisabeth Wissel** und **Harald Gindra** Beziksveodneten DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg; Grußwort von **Klaus Lederer**, Bürgermeisterkandidat und Vorsitzender DIE LINKE Berlin; Büffet und Musikbeitrag von der **Theatertruppe Schöneberg** anschließend: **Musik und Gespräche**. Wir wollen uns bei allen Initiativen und engagierten Menschen im Bezirk bedanken für die gute Zusammenarbeit!
Wir bitten um vorherige Anmeldung.

DIE_LUPE_Januar_Febuar_2016_Color_GRAU_.indd 2 10.02.2016 10:00:38

Die BVV am 20. Januar 2016

Emotionale Debatte um die Massenunterbringung auf dem Tempelhofer Feld
Die große Anfrage der CDU „Vertritt die Bezirksbürgermeisterin die Interessen des Bezirks?“ löste eine teils tumultartige Diskussion in der BVV während ihrer letzten Sitzung aus, nachdem BV Dittmar (CDU) sich gegen die Notunterkunft auf dem Feld aussprach, eine andere Lösung aber nicht liefern konnte. Gerade BV Höppner (SPD) sorgte für Unruhe, als sie deutlich Dittmar widersprach und für die Notunterkunft plädierte. BV Wissel (Linke) äußerte eine Generalkritik an zu großen Massenunterbringungen, deren Standards nicht gesichert seien. Genauso wie BV Gindra (Linke) sprach sie sich für eine verstärkte Suche nach dezentralen Unterbringungsstätten aus, um Integrationsmaßnahmen zu vereinfachen. Gindra betonte, dass das Zweckentfremdungsverbot für Wohnungen noch konsequenter durchgesetzt werden müsse, um illegale Ferienwohnungen zu räumen und als Unterbringungsstätten für Flüchtlinge nutzbar zu machen.
Ein Antrag der Gruppe der Linken (Drs. 1776/XIX), der die Unterbringung auf dem Feld ablehnt, wurde in einer abschwächten Version angenommen, in der eine Unterbringung wiederum nicht vollkommen ausgeschlossen wird. Die Linke enthielt sich bei der Abstimmung.

Nachverdichtung Am Mühlenberg
Ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 1767/XIX) zielte auf die geplante Nachverdichtung bei der ehemaligen Seniorenfreizeitstätte. Diese soll abgerissen werden, um Platz für mehr als hundert Wohnungen zu machen. Die Gruppe der Linken enthielt sich, da sie sich zwar des steigenden Platzbedarfes für die Zuziehenden bewusst ist. Allerdings ist es ebenso wichtig, dass durch die Neu- oder Umbauten keine zu starken Einschränkungen für die bereits dort lebenden Mieter_innen entstehen. Bauen um jeden Preis kann keine nachhaltige Lösung für die Platzfrage in der größer werdenden Metropole Berlin sein.

Kostenloses Mittagessen für Schulkinder
Die BVV hat sich in einem Antrag (Drs. 1769/XIX), der von allen Fraktionen außer der CDU getragen wurde, für eine kostenlose Versorgung mit Mittagessen an gebundenen Ganztagsschulen ausgesprochen. Gerade für die Gruppe der Linken war das Argument ausschlaggebend, das durch ein gemeinsames Essen möglicher sozialer Ausgrenzung entgegengewirkt wird. Sich kein Essen leisten zu können, kann von Mitschüler_innen trennen. Das muss überwunden werden. Das Bezirksamt wird sich an die Senatsverwaltung richten, um eine nachhaltige Finanzierung zu ermöglichen.

Martin Rutsch

Dokumentiert:

Drs.-Nr. 1776/XIX: Keine Ausweitung von Massenunterkünften auf dem Tempelhofer Feld

Dokumentiert: der Antrag von DIE LINKE in der BVV Tempelhof-Schöneberg. Der Antrag fand am 20.1. keine Mehrheit. Ein Ersetzungsantrag von der GRÜNE-Fraktion mahnte nur zum wiederholten Mal Mindestbedingungen für die Unterbringung an, bevor ein weiterer Ausbau stattfinden kann. So tritt auch die Bezirksbürgermeisterin Schöttler (SPD) in den Medien auf. Tatsache ist aber, dass seit Sommer 2015 der Senat die Unterbringung vorbereitete und dann überstürzt unter katastrophalen Bedingungen belegte. Zweifel sind erlaubt, dass nun der weitere Ausbau und diese von Wohngebieten und Bildungseinrichtungen abgetrennte Großunterkunft mit den potenzierten Organisationsproblemen klarkommen.
Dokumentiert:
Drs.-Nr. 1776/XIX
Keine Ausweitung von Massenunterkünften auf dem Tempelhofer Feld
Die BVV möge beschließen:
Die Bezirksverordnetenversammlung empfiehlt dem Bezirksamt sich bei den zuständigen Stellen des Senats dafür einzusetzen, dass es zu keiner weiteren Ausweitung von Massenunterkünften für Flüchtlinge auf dem Tempelhofer Feld kommt. Das in Kürze im Abgeordnetenhaus zur Abstimmung stehende „Gesetz zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen“ sollte daher nicht weiter verfolgt werden.
Begründung: Das parteiübergreifend, per Volksentscheid entstandene Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes darf nicht durch den Senat ausgehebelt werden, wie es derzeit das vom Senat geplante Gesetz, mit der Aufhebung des Bauverbots auf dem Tempelhofer Feld, vorsieht. Nach dem THF-Gesetz ist die Errichtung von Gebäuden in diesem Anwendungsbereich unzulässig. Die teure Erschließung durch die öffentliche Hand würde in Zukunft ein beschleunigtes Verfahren beim Baurecht ermöglichen und volles Baurecht schaffen. Weiterhin würde eine Aufstockung der schon vorhandenen Flüchtlingszahl einer Ghettoisierung gleichkommen und würde jeglichen Integrationsansatz in Frage stellen. Drs.-Nr. 1776/XIX. Keine Ausweitung von Massenunterkünften auf dem Tempelhofer Feld.

Die BVV-Drs. sind unter: http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/bvv-online/allris.net.asp

Unsere Bezirksverordneten

Elisabeth Wissel
Telefon: 01577 34 62 721
wissel.elisabeth@googlemail.com

Harald Gindra
Tel: 01525 45 25 000
Linke.bvv.ts@googlemail.com

Termine nach telefonischer Vereinbarung
Büro und Erreichbarkeit im **Rathaus Schöneberg**, Raum 2115
Tel: 030/ 90 2 77 4898
Sprechstunde:
Mittwochs 15 - 17 Uhr

Arbeitskreis Kommunales (AKK)
In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der AKK unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.

AKK-Termine:
Sitzungsvorbereitung: Montag 15.02. u. 14.03.2016 um 19 Uhr u. 26.02. 18 Uhr im Rathaus Schöneberg, Raum 2115.
Bezirksverordnetenversammlung (BVV)
Die nächste öffentliche BVV-Sitzung findet am Mi. 17.02. u. 16.03.2016, 17 Uhr, im Rathaus Schöneberg, BVV-Saal statt.

DIE_LUPE_Januar_Febuar_2016_Color_GRAU_.indd 3 10.02.2016 10:00:38

Präsident Evo Morales Ayma in Berlin

Am 4.November 2015 war seine Exzellenz Dr. Evo Morales Ayma, der bolivianische Präsident zusammen mit dem Außenminister David Choquewanca zu Besuch in Berlin. Er vereinbarte Sicherheitsabkommen mit der deutschen Regierung. Er besuchte u.A. das Schloß Bellevue, das Kanzleramt und

am Brandenburgertor präsentierte er mit der Leitung des Instituts für Elektromobilität der Hochschule Bochum,

das BO-Mobil, das neue bolivianische Elektroauto, welches demnächst in Bolivien produziert und verkauft werden soll. Am Abend wurde Evo Morales vom Rektor der Technischen Universität (TU) begrüßt, mit ihm vereinbarte er auch Kooperation und Stipendien. Dort erfreute er ca. 5.000 Gäste mit seiner humorvollen Rede. Diejenigen die diese verpasst haben, können sie auf www.deutsch-rt.com und America 21 nachhohlen.

Text und Fotos
Grace Irazoque

Rosa-Luxemburg-Gedenken am 15. Januar

Wie jedes Jahr am 15. Januar trafen sich Vertreter_innen der Friedensinitiative Wilmersdorf, Vertreter_innen der Parteien (diesmal nur SPD und LINKE) und Anwohner_innen zum Gedenken an Rosa Luxemburg, an ihrem temporären Wohnsitz in der Cranachstraße 58. Dort lebte sie von 1902-1911; eine Gedenktafel des Bezirksamtes hält die Erinnerung an sie wach. Ebenso fand an diesem Tag eine Kundgebung am Olof-Palme-Platz mit Demonstration zum Landwehrkanal statt. Dazu hatte die FRIKO (Friedenskoordination) aufgerufen. Dort gab es Reden, Lesungen, Gesang und Schalmeien-Klänge.

Noch nach 97 Jahren wird Rosa Luxemburg weltweit wie kaum eine andere Frau in der Geschichte als bedeutendste Vertreterin der deutschen Arbeiterbewegung geehrt, für ihren proletarischen Internationalismus und als kompromisslose Kämpferin für Friedenspolitik. Am 15. Januar 1919 wurde sie gemeinsam mit ihrem Kampfgefährten Karl Liebknecht von reaktionären Freikorpssoldaten in Berlin ermordet. Es war ein grausamer geplanter Mord, der sie aus ihrem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft riss. Im Hotel Eden (Olof-Palme-Platz), das damals das Hauptquartier der Garde-Kavallerie-Schützen-Division war, wurde sie mit einem Gewehrkolben niedergeschlagen, anschließend hinterrücks erschossen und dann in den Landwehrkanal geworfen. Oberbefehlshaber Gustav Noske (SPD) hatte seinen Segen zur Ermordung gegeben. Rosa Luxemburg lebte in einer Zeit, wo es in Deutschland eine starke Unzufriedenheit mit den politisch reaktionären Zuständen gab. Insgesamt siebenmal war sie wegen ihres politischen Auftretens in der Öffentlichkeit in Gefängnissen. Trotz der politisch schwierigen Verhältnisse konnte sie nicht nur bedeutende Analysen der Geschichte und Zeitgeschichte erstellen. Sie hat es auch geschafft, aus den politischen Verhältnissen die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Nämlich: Eine andere Gesellschaft ist möglich und dazu gehört unabdingbar der Frieden.

Gehör verschaffte sich Rosa Luxemburg mit zahlreichen publizistischen Arbeiten, z.B. in der Leipziger Volkszeitung und später als Herausgeberin der Roten Fahne, und bei öffentlichen Auftritten. Ihr erster öffentlicher Auftritt war auf dem Stuttgarter Parteitag 1898, wo sie auf unlösbare kapitalistische Widersprüche hinwies. Immer wieder beschwor sie ihre Zuhörer, an dem revolutionären Fernziel festzuhalten und entsprechend die revolutionäre Realpolitik danach auszurichten. Bei ihren Reden warnte sie u.a. frühzeitig vor einem kommenden Krieg der europäischen Großmächte und griff immer stärker den deutschen Militarismus und Imperialismus als Mittel expansiver Gewaltpolitik an. Rosa Luxemburg versuchte, ihre Partei, die SPD, zu einem energischen Gegenkurs zu verpflichten. Jedoch unterstützte die Reichstagsfraktion der SPD (außer Karl Liebknecht) die Kriegserklärung des deutschen Reiches, indem sie den Kriegskrediten zustimmte. Für Rosa Luxemburg trat hier der Widerspruch zwischen programmatischem Anspruch und realer Politik in der Sozialdemokratie besonders offen hervor und auch die persönliche Enttäuschung über ihre Partei blieb nicht aus.

Als Reaktion und Bruch mit dieser Stillhaltepolitik der SPD gründete Rosa Luxemburg mit sechs anderen Parteilinken, darunter Franz Mehring und Clara Zetkin, die Gruppe International, der sich wenig später auch Karl Liebknecht anschloss. Daraus ging 1916 die reichsweite Spartakusgruppe hervor, deren Spartakusbriefe Rosa Luxemburg mit Karl Liebknecht zusammen herausgaben. Die Spartakusgruppe ging 1917 mit der Gründung von SPD-Ausgeschlossenen in der neu gegründeten USPD auf. Der Gruppenstatus wurde beibehalten, um weiterhin für eine internationale, sozialistische Revolution werben zu können.

Am 3. November 1918 kam es in Kiel zum revolutionären Matrosenaufstand und in der Folge in ganz Deutschland zu Massenstreiks und Rätebildungen. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gaben nun gemeinsam die Zeitung Rote Fahne heraus, um täglich auf die revolutionären Ereignisse Einfluss zu nehmen.

Die SPD ging bei diesen Auseinandersetzungen auf Konfrontationskurs und setzte die Reichswehr gegen die Aufständischen ein. Hunderte von ihnen wurden erschossen. Die SPD stützte zunächst den Kaiser und nach dessen Abdankung verhinderte sie die Vollendung der Revolution, indem sie die Aufstände niederschlagen ließ.

Am 1. Januar 1919 gründeten die Spartakisten und andere linkssozialistische Gruppen aus dem ganzen Reich die KPD, deren Programm Rosa Luxemburg entwarf. Wenige Zeit später begann der einwöchige Spartakus-Aufstand, anlässlich der Absetzung eines USPD-Mitglieds, des Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Die Spartakusführer mussten unter diesen verschärften Bedingungen untertauchen. Schon seit Dezember 1918 hatten von reaktionären Industriellen finanzierte Flugblätter zum Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aufgerufen. Dieses teuflische Ziel hatten sie dann mit den Meuchelmorden am 15. Januar 1919 erreicht. Aus heutiger Sicht sind wir in unserem Kampf für den Frieden nicht weiter gekommen. Deutschland hat aus den Erfahrungen des 1. und 2. Weltkriegs nichts dazu gelernt.

Fortsetzung auf S. 7

DIE_LUPE_Januar_Febuar_2016_Color_GRAU_.indd 4 10.02.2016 10:00:43

Veranstaltung im Rahmen des Frauenmärz 2016

Krieg, Vertreibung und Fluchtursachen:

Lesung - Auszüge aus Reden und Briefen gegen den Krieg und für den Frieden - von Rosa Luxemburg - Geflüchtete Frauen berichten von ihren persönlichen Fluchtursachen

Foto WK Azize Tank

Die Veranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentages wird in zwei Einheiten gegliedert. Im ersten Teil werden eine Lesung - Auszüge aus Reden und Briefe gegen den Krieg und für Frieden von Rosa Luxemburg - vorgetragen. Im zweiten Teil kommen geflüchtete Frauen zu Wort, die von ihren persönlichen Fluchtursachen berichten. Mit einem Kulturprogramm und beim gemütlichen Beisammensein haben die Frauen anschließend die Möglichkeit, sich persönlich auszutauschen und näher kennenzulernen.

Veranstalterinnen:
Frauensalon, gemeinsam mit
Azize Tank, MdB, DIE LINKE
Dienstag, 8.März 2016
um 18:30 Uhr
Wahlkreisbüro Azize Tank
Grunewaldstraße 73, 10823 Berlin-Schöneberg
Tel. : +49 30 98 354-777
E-Mail: azize.tank.wk@bundestag.de
Eine Veranstaltung von Frauen für Frauen!
Wir bitten um vorherige Anmeldung.

DIE LINKE feiert Internationalen Frauentag

Am Samstag, den
5.März 2016
ab 17 Uhr,
feiern wir in der
Roten Insel,
Feurigstr. 68, 10827
Berlin-Schöneberg,
den Internationalen Frauentag mit einem Kulturbeitrag von Isabel Neuenfeld. Desweiteren Beiträge zur Situation von Frauen im Arbeitsleben und in der Gesellschaft. Hierzu sind Sie herzlich eingeladen.
Wir bitten um vorherige Anmeldung.
Tel. : +49 30 21 997-140
bezirk.@dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Rape Culture im Jahr 2016

In diesen Tagen kann Frau sich oft nur verwundert an den Kopf fassen - wenn ihr nicht schon vor Wut die Hutschnur geplatzt ist. Aber erst einmal muss umrissen werden, was wir genau über Ereignisse zu Silvester am Kölner Hauptbahnhof wissen. Ja, es wurden Verbrechen begangen, und ja, die Polizei war mit der Situation anscheinend völlig überfordert.
Doch die Ereignisse am Kölner Hauptbahnhof zum Jahreswechsel als singuläres Ereignis darzustellen, das von außen über das Land hereingebrochen ist, schadet den von Gewalt Betroffenen. Plötzlich sprechen alle möglichen Medien von Rape Culture - und meinen damit etwas, womit sie selbst und Deutschland nichts zu tun haben. Rape Culture beschreibt eine Gesellschaft, in denen sexualisierte Gewalt und Vergewaltigung verbreitet sind und weitgehend toleriert werden. Dabei ist es vollkommen egal, welche Hautfarbe oder Religion diese Täter haben.
Sexualisierte Gewalt passiert in allen gesellschaftlichen Schichten, sie findet zu allen Tageszeiten statt, an sämtlichen Orten und sie kann alle Geschlechter betreffen. Im Großteil der Fälle trifft es aber nach wie vor Frauen.
Wenn wir über die Ereignisse sprechen, müssen wir dies im Kontext von Rape Culture tun. Dazu gehört auch, die vielfach undifferenzierte Berichterstattung zu kritisieren, in der mitunter von „Sex-Banden“, „Sex-Attacken“ oder einem „Sex-Mob“ die Rede ist. Sexualisierte Gewalt hat niemals etwas mit Sex zu tun. Begriffe wie diese verschleiern den Machtaspekt, der immer mit sexuellen Übergriffen einhergeht. Genauso wie es journalistisch unverantwortlich ist, Zahlen zu verbreiten, die einfach nicht der Faktenlage entsprechen, dafür aber Afd, Pegida und Co. neues Futter geben. Wichtig ist, dass wir diese Probleme als gesamtgesellschaftlich anerkennen und nicht so tun, als würden sie ausschließlich von einzelnen Menschengruppen, etwa muslimischen Männern, ausgehen.
Niemand verneint, dass auch Männer mit Migrationshintergrund oder muslimischem Glauben Straftaten begehen. Aber es so darzustellen, als wären sie die einzigen und aufgrund ihres kulturellen Hintergrunds besonders dafür prädestiniert, während für die Straftaten weißer Deutscher alle möglichen Formen von Erklärungen und Verharmlosungen gefunden werden, ist und bleibt rassistische Hetze - und muss auch so genannt werden. Frauenrechte und Feminismus für rassistische Hetze zu instrumentalisieren, darf nicht Folge der Debatte in Deutschland werden.
Um eine Gesellschaft gegen eine solche Gewalt-Kultur zu sensibilisieren, kann zum Beispiel die Einführung einer geschlechtersensiblen Pädagogik vorangebracht werden. Denn schon von klein auf erfahren dort Jungen und Mädchen oft unbewusst, was in ihren jeweiligen Rollen als angemessen gilt.
Auch eine Stärkung und Ausfinanzierung von Initiativen und Vereinen, die sich in Beratungsstellen und Frauenhäusern für die Opfer von sexualisierter Gewalt engagieren, ist längst überfällig. Denn diese arbeiten auch in Tempelhof-Schöneberg oft mit sehr geringen finanziellen Mitteln und sind häufig ehrenamtlich strukturiert.
Wir dürfen nicht davor die Augen verschließen, dass in Deutschland Rassismus und Sexismus noch immer an der Tagesordnung sind. Beides ist tief in unserer Gesellschaft verankert. Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass wir nicht länger Nährboden für Diskriminierungen und Gewalt liefern. Dazu versuchen wir, in Tempelhof-Schöneberg mit einer aktiven Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik beizutragen.

Carolin Behrenwald

DIE_LUPE_Januar_Febuar_2016_Color_GRAU_.indd 5 10.02.2016 10:00:49

Immer noch 3,6 Millionen Arbeitslose

Zeit zu handeln statt zu tricksen

Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. (...) Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im **Januar 2016** waren **mehr als 3,6 Millionen Menschen** arbeitslos. Darüber hinaus tauchen 313.000 nicht erwerbstätige Personen – die sog. stille Reserve[1] – in keiner Arbeitslosenstatistik auf, weil sie sich entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben und sich nicht (mehr) als arbeitslos registrieren lassen.

Offizielle Arbeitslosigkeit im Januar 2016 2.320.421

Nicht gezählte Arbeitslose verbergen sich hinter:

Älter als 58 beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II [0] 161.070
Ein-Euro-Jobs (Abeitsgelegenheiten) 65.889
Förderung von Arbeitsverhältnissen [2] 7.734
Fremdförderung 107.779
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit [3] s.u.
Berufliche Weiterbildung 160.916
Aktivierung und berufliche-Eingliederung (z.B. Vermittlung durch Dritte) 149.306
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose) 3.290
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III) 76.912

Nicht gezählte Abeitslose gesamt: 732.896

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im August 2015 3.653.317

Quelle: BfA Monatsbericht Januar 2016, S. 71; [0]Die dort aufgeführte Altersteilzeit sowie Gründungszuschusse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nicht berücksichtigt. Die dort ebenfalls älteren Arbeitslosen die aufgeführten auf Grund verschiedene rechtliche Regelungen (§428 SGB III, 65 Abs. 4 SGB II, 53a, Abs. 2, SGB II u.a.) nicht als Arbeitslose zählen (älter als 58 beziehen ALG I oder ALGII. [1]IAB Kurzbericht 15/2015 Seite 10; (Stille Reserve im engeren Sinn - Prognose 2016) [2]Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen ... zum Mai2012(...) zur Förderung von Arbeits verhältnisse (**FAV**verbunden. [3]Ende 2014 Bürgerarbeit programm istausgelaufen.

Skepsis bei Vorzertifizierung eines Bauprojektes an der Bautzener Straße

Bauzener Straße Foto: Grace Irazoque

Mit Protest der BI (Bürgerinitiative) Bautzener Brache wurde am 9. Dezember die Vorzertifizierung des Bauvorhabens an der Bautzener Straße vor dem Deutschen Architekturzentrum begleitet. Seit diesem Jahr ist es in der Bau-Branche auch üblich, dass Vorzertifizierungen mit dem DGNB-Vorzertifikat („Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen“) in Platin für ökonomisches, ökologisches und soziales Bauen ausgelobt werden, allein für eine Absichtserklärung. Getroffen hat es ein umstrittenes geplantes Bau-Projekt in unserem Bezirk an der Bautzener Straße, für das noch kein Baurecht besteht. Dies ist aber nur eine Frage der Zeit, da Stadträtin Klotz (Grüne) sich schon im Vorfeld für dieses Projekt werbetechnisch eingesetzt hat. Sie lobte die Vorzertifizierung wohl wissend, dass der Erhalt der Grünfläche in einem massiv verdichteten Gebiet für das Stadtklima wichtiger wäre und die Bauabsichten eher dem Investor als den Anwohnern zugutekommen. Wird das Baurecht geschaffen, hat vor allem der Investor eine immense Wertsteigerung des Grundstücks erwirkt.

Nur 15% der geplanten Wohnungen wären für 20 Jahre für eine Mietpreisbindung (nur mit Wohnberechtigungsschein) vorgesehen. Auch da habe der Investor vorgesorgt, mit einem Antrag auf finanzielle Förderung seiner Vorhaben, so die örtliche BI, die sich vehement gegen die Bebauung wehrt. Sie mutmaßt, dass diese „Sozialwohnungen“ dann entlang der S-Bahntrasse liegen werden, wo die Lärmbelastung am stärksten ist. Kritisiert wird von den AnwohnerInnen, dass das Bezirksamt sich über die Bedenken der Anwohnerschaft hinwegsetzt, wonach dort gar nicht erst gebaut werden dürfte. Erhalten werden soll die innerstädtische Grünfläche, die zur Entlüftung des hohen Verkehrsaufkommens in unmittelbarer Nähe zur Yorckstraße notwendig ist.

Die Nachverdichtung mit einem Stadtquartier an der Bautzener Straße mit 7.700qm Gewerbe, 300 Wohnungen und 250 Tiefgaragenplätzen würde dann zu noch mehr Lärm und Schadstoffbelastung führen, gerade im Schöneberger Norden, wo eine Stickdioxiduntersuchung von Greenpeace im Herbst schon erhöhte Werte festgestellt hat. Dies spielt offensichtlich bei der Zertifizierung keine Rolle. Auch die Werbung mit dem ökologischen Aspekt ist eher dem ökonomischen Zwecke geschuldet, denn städtebaulich verlagert sich die Bebauung in einen Freiraum des ehemaligen Bahngeländes hinein und nimmt somit Grünfläche weg. „Nicht Grünfläche, sondern Bauen ist ökologisch“. DIE LINKE ist nicht per se gegen den Bau von innerstädtischen Wohnungen und schon gar nicht gegen nachhaltiges Bauen, jedoch sollten die vielschichtigen Interessen genau abgewogen werden, wo und für wen gebaut wird. Statt private Investoren sollten die städtischen Wohnungsbaugesellschaften diesbezüglich besser unterstützt werden.

Es fehlen einfache Wohnungen für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Ausweichquartiere gibt es auch innerstädtisch wie beispielsweise das BSR-Gelände zwischen Monumentenstraße und Kolonnenstraße, das als Parkplatz für BSR-Fahrzeuge genutzt wird.

Die Machtdemonstration mit der Vorzertifizierung soll hier vor allem die Bedenken der AnwohnerInnen unterlaufen. Ausgenutzt wird der Druck der Öffentlichkeit nach Bauen, Bauen, Bauen.

Elisabeth Wissel

Fortsetzung von Seite 1

Die Abgeordneten der LINKEN Tempelhof Schöneberg zur Bebauung des Tempelhofer Feldes:

Räumliche und Soziale Ausgrenzung schafft keine Lösung sondern Probleme!

Die gesellschaftlichen Folgekosten einer solchen Politik der räumlichen und sozialen Ausgrenzung sind unverantwortbar. Zudem könnten die horrenden Summen für die Massenunterkunft die der Senat für Betreiber, Sicherheitspersonal, Catering und den Unterhalt der Gebäude zahlt, bei einer dezentralen Unterbringung besser genutzt werden.“

Fragwürdig ist auch die Notwenigkeit der Gesetzesänderung, die hier keine Abhilfe schafft, sondern neue Verwerfungen befördert. Die Bezirksverordneten der LINKEN in Tempelhof-Schöneberg, Elisabeth Wissel und Harald Gindra, sagen dazu: „Es ist nicht recht ersichtlich, warum für eine befristete Bebauung auf dem Vorfeld des alten Flughafen das Gesetzt geändert werden musste. Viele Berliner_innen befürchten nun eine stückweise Auflockerung des Bebauungsverbots auf dem Gelände. Es hat sich gezeigt, dass selbst ein Volksentscheid wenig wert sein kann. Das hat mit demokratischen Prinzipien nur wenig zu tun. Wir haben in der BVV zweimal in den letzten Monaten Anträge gegen den Ausbau der Unterkunft eingebracht. Die Mehrheit ist dem nicht gefolgt. Die BVV hat aber Mindestbedingungen vor einem weiteren Ausbau gefordert, die bis heute nicht erfüllt sind.“

Berlin, 28. Januar 2016

DIE_LUPE_Januar_Febuar_2016_Color_GRAU_.indd 6 10.02.2016 10:00:52

Jugendeinrichtungen Potse und Drugstore haben „Gnadenfrist“

Keine gute Stimmung herrscht unter den Jugendlichen, die regelmäßig die autonomen Jugendeinrichtungen Potse und Drugstore in der Potsdamer Straße 180-182 besuchen, denn nur für zwei Jahre sind sie in ihren Räumen erstmal noch geduldet. Das Bezirksamt (BA) war nicht bereit die Mieterhöhung von 7,22 Euro auf 11,50 Euro pro qm², die der jetzige Eigentümer ab 2016 verlangt, zu tragen. Der alte Mietvertrag, der nur eine jährliche Erhöhung von 1% vorsah, wurde vom BA gekündigt. Gleichzeitig wurden Verhandlungen mit dem Vermieter aufgenommen, denn adäquate Räume im Schöneberger Norden konnten nicht gefunden werden und massiver Jugend-Protest war vorprogrammiert. Und das, obwohl der Senat dem Bezirk zusätzliche Budgetmittel von über 400.000 Euro für allgemeine Kinder- und Jugendförderung für 2016 zur Verfügung gestellt hat.
DIE LINKE hatte beantragt, diese u.a. auch für die höhere Miete zu verwenden. Offensichtlich sind die Jugendeinrichtungen für das BA jedoch nicht als prioritär zu behandeln. Das zeigte sich auch bei den Haushaltsberatungen, wo noch Spielraum für die Deckelung der Kosten aus den Einnahmen, z.B. aus der Parkraumbewirtschaftung, möglich gewesen wäre. Statt dessen setzte sich ein Antrag von Grünen und SPD durch, der Mittel in Höhe von 50.000 Euro für mehr Energieeffizienz in bezirkseigenen Gebäuden dahingehend umwidmete, wogegen DIE LINKE mit einem erneuten Antrag in der BVV forderte, dieses Geld als Ausgleich für die höhere Miete in dieser Einrichtung zu verwenden. Bis kurz vor Jahresende wurden die Jugendlichen hingehalten. Mit Nachdruck durch DIE LINKE wurde Stadtrat Schworck (SPD) immer wieder daran erinnert, dass die Vertreter_innen der Einrichtung endlich ein substantielles Gespräch mit ihm darüber führen wollten, wie es nun in der Potsdamer Straße weiter geht. Inzwischen ist bekannt, dass die gleiche Miete wie 2015 gezahlt wird, die Kindereinrichtung PallasT im gleichen Gebäude (unter Druck des BA) Flächen aufgegeben und gleichzeitig eine räumliche Teil-Mitnutzung für Materialien im Drugstore erhalten hat. Dadurch konnten Reinigungskosten um ca. 30% reduziert werden, ebenso wurde eine Senkung der Energiekosten bewirkt. Aber die eigentliche Frage bleibt, was aus den Jugend-Einrichtungen nach 2018 wird. Die derzeit stark genutzten Räume für Konzerte, Lesungen, Werkstatt, Fotolabor, Siebdruck und sonstige Aktivitäten sind berlinweit bekannt und bieten für viele Jugendliche eine sinnvolle Freizeitgestaltung an, und das kostenlos. Für das BA dürfte es schwierig werden, geeignete Räume im Schöneberger Norden zu finden, aber vor allem ist nicht zu verstehen, warum das BA den Mietvertrag nicht verlängern wollte, denn die Mieten (Gewerbemieten) werden in den nächsten zwei Jahren nicht geringer werden. Es ist ein Affront gegen ein autonomes Jugend-Zentrum und ein Einknicken gegenüber einem Investor. DIE LINKE wird weiterhin die Forderungen der autonomen Jugend-Einrichtungen Drugstore, Potse und PallasT unterstützen.

Elisabeth Wissel

Fortsetzung von S. 4

Rosa-Luxemburg-Gedenken am 15. Januar

Krieg ist immer noch ein Mittel der Politik, um kapitalistische Interessen durchzusetzen. So werden neoliberale gefällige Regime gestützt oder im anderen Fall Länder, die nicht in dieses Schema passen, destabilisiert und mit Kriegen überzogen.
Obwohl die deutsche Bevölkerung mit großer Mehrheit gegen jegliche deutsche Militäreinsätze ist, ist die Bundeswehr heute in 12 Ländern auf drei Kontinenten an Kriegseinsätzen beteiligt. Spätestens nach der Wende wurden die Bundesregierungen und deren kapitalistische Interessenvertreter nicht müde, mithilfe der Medien die Bevölkerung kriegswillig zu machen, bis hin zur dreist-dämlichen Parole „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“.
Für unsere heutige politische Arbeit, besonders in der Friedenspolitik und im Kampf gegen massiven Sozialabbau, bleiben Rosa Luxemburgs Ideen für eine gerechte Welt für uns unvergessen und eine stete Mahnung.

Elisabeth Wissel

Parteien Parship, oder: Wie koalieren wir richtig...

Seit geraumer Zeit erhitzen sich in der Partei DIE LINKE, deren Mitglied zu sein ich mir als Ehre anrechne, große wie kleinere Köpfe über die Frage: Ist es zweckmäßig, Regierungsverantwortung zu übernehmen, und wenn ja, auf welcher Ebene und mit welcher Partei.
Meine ganz persönliche Ansicht ist folgende: Es mag vorteilhaft erscheinen, und manchmal auch für das Gemeinwohl nützlich sein, wenn linke Politik in mehr oder weniger großem Umfang auf kleinerem oder größerem Gebiet betrieben werden kann.
Es ist aber zu bedenken, dass wir, sollten wir als „Juniorpartner“ einer größeren Partei arbeiten, unsere eigene Politik nur in unzureichendem Maße durchzusetzen in der Lage sind, aber vom Wähler für alle Entscheidungen, die uns zwar genau so wenig gefallen, wie ihm, die wir aber mit zu tragen gezwungen sind, verantwortlich gemacht werden.
Ich halte es demnach für DIE LINKE nicht für zweckmäßig, als „Mehrheitsbeschaffer“ zu fungieren.
Sollten wir der „Seniorpartner“ in einer Koalition sein, wie es jetzt z.B. in Thüringen der Fall ist, gleicht die Regierungsarbeit für DIE LINKE letztlich doch immer dem berühmten Tanz auf dem Vulkan, da ja die uns nicht eben freundlich gesonnenen Medien jeden noch so kleinen Fehler, den sie bei anderen Parteien totschweigen oder verniedlichen würden, zur totalen Katastrophe hoch zu stilisieren wüssten.
Unser „Juniorpartner“ jedoch würde zum Retter des Vaterlandes hochgejubelt, sofern er uns nur genügend Hindernisse bei der Verwirklichung unserer Ziele in den Weg legte. Sollte sich DIE LINKE trotz dieser Risiken gar zu einer Regierungsbeteiligung Weg legte.
Sollte sich DIE LINKE trotz dieser Risiken gar zu einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene entschließen, ergibt sich die Frage, mit welcher Partei das denn geschehen könnte.
Die CDU/CSU fällt da ja wohl völlig aus.
Hier zu begründen, warum, halte ich für Zeitverschwendung...
Wer die sogenannte SPD in ihrem derzeitigem Zustand als geeigneten Partner für DIE LINKE ansieht, sollte sich - mit Verlaub - auf seinen Geisteszustand hin untersuchen lassen.
Außerdem wären wir in beiden Fällen leider nur der „Juniorpartner“ und somit dem o.g. Risiko ausgesetzt.

Klaus-Jürgen Stolz

DIE_LUPE_Januar_Febuar_2016_Color_GRAU_.indd 7 10.02.2016 10:00:52

DIE LINKE.
Tempelhof - Schöneberg
Bezirksgeschäftsstelle:
Feurigstr. 68,
10827 Berlin
Öffnungszeiten:
Di. und Do: 11 - 18 Uhr
Mo. und Fr: 11 - 15 Uhr
Tel. : +49 30 21 997-140
Fax: +49 21 729 26
e-Mail: bezirk@die-linke-tempelhof-schoeneberg.de
Webseite:
www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine in der Roten Insel

Mitglieder-Wahlversammlungen
Mitgliedevesammlung
18.02., 19 Uhr
Bezirksvorstand
10. u. 24.02. 19 Uhr
Basisorganisationen(BO)
BO Schöneberg
25.02. 19 Uhr
BO Tempelhof
18.02., 19 Uhr
BO Arbeit-Soziales
29.02.2016, 19 Uhr
Unsere Bezirksverordneten und **Arbeitskreis Kommunales** (**AKK**)
Siehe bitte S. 3
Arbeitskreis Kommunale Altersversorgung (AKA)
21.03., 18 Uhr
Sondertermine:
Inselgespräche
12.03.2016, 15 Uhr
JobCenter-Aktion
01.03., 10 Uhr,
Wolframstraße
Wahlaktiv
02.03., 19 Uhr

Mieterberatung

mit der Rechtsanwältin Natalija Milošević jeden **1. Dienstag** im Monat, **von 16 bis 18 Uhr**, in der Roten Insel. Die nächsten Termine sind **Dienstag 01.März, 05. April, 03.Mai, 07.Juni, 05.Juli und 06.September 2016. Nur mit telefonischer Anmeldung,** bis zu einem Tag vor dem Beratungstermin: Tel. : +49 30 21 997-140

Rechtsberatung

mit Rechtsanwalt Claus Förster, jeden **2. und 4. Dienstag** im Monat **von 11-13 Uhr** in der »Roten Insel«, **Feurigstraße 68** (S1 Julius-Leber-Brücke) um telefonische Anmeldung wird gebeten.
Sowie **jeden 1. und 3. Donnerstag** im Monat, **16-18 Uhr, Grunewaldstr. 73**, 10823 Berlin (U7 Eisenacherstraße) im Wahlkreisbüro.

Bürgersprechstunde mit Azize Tank

In meiner Bürgersprechstunde gebe ich Ihnen regelmäßig die Gelegenheit, mich persönlich in meinem Wahlkreisbüro in der Grunewaldstraße 73 anzutreffen. Dort nehme ich mir Zeit für Sie und habe ein offenes Ohr für Ihre Fragen, Anregungen und Sorgen. Um unnötige Wartezeiten zu vermeiden, melden Sie sich bitte telefonisch oder via E-Mail an. Die nächsten **Termine:**
Dienstag, 09. Februar 16:00–18:00 Uhr;
Dienstag, 1. März | Mittwoch, 16.März;
Donnerstag, 7. April | Mittwoch, 27. April
jeweils von 16:00 bis 18:00 Uhr

Wahlkreisbüro
Grunewaldstr. 73
10823 Berlin
Tel.:
+49 30 98 354 777
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
Azize Tank (MdB)
11011 Berlin
E-Mail: azize.tank.wk@bundestag.de
Telefon: (+4930) 227 77851
Telefax: (+4930) 227 76851

Mieter-Aufruf: *Gentrifizierung* - Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert!

DIE LINKE als kleine Partei in einem großen Bezirk kann nicht überall sein. Wir wollen aber herausfinden, in welchem Umfang und mit welchen Methoden sich Ihre Nachbarschaft verändert. Warum Mieter mit kleinem Einkommen wegziehen müssen und sich die sogenannte „Aufwertung“ von Kiezen breit macht.
Deswegen bitten wir Sie um Informationen: Wo werden aufwändige Sanierungen geplant, verbunden mit der Ankündigung erheblicher Mietsteigerungen? Wo werden ganze Häuser „leergezogen“ um grundzusanieren und anschließend in Eigentumswohnungen umzuwandeln? Wo werden Wohnungen zu Ferienwohnungen umgewandelt oder bereits als solche genutzt? Wo werden die weitgehenden Mieterhöhungsspielräume extrem ausgenutzt? Wo werden Wohnungswechsel zu extremen Mieterhöhungen genutzt? Wo müssen Hartz-IV-Haushalte Wohnungen räumen, weil sie eine Aufforderung des JobCenters erhielten, ihre Mietkosten zu senken?
Wir wollen Ross und Reiter nennen, weil wir nicht nur aus nüchternen Statistiken die Änderung der Lebensumstände von so vielen Menschen in unserem Bezirk bewerten wollen. Wir wollen diese Erfahrungs- und Wissenssammlung in politische Initiative umsetzen: krasse Fälle öffentlich machen, die Vernetzung und den Widerstand unterstützen und im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene parlamentarische Initiativen anstoßen.
Helfen Sie uns dabei!
Mieter-Notrufe an: Mi. 15-17 Uhr: 902 77 48 98
Per E-Mail an Linke.BVV.TS@googlemail.com
oder per Post an: DIE LINKE, Feurigstraße 68, 10827 Berlin

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg; Berliner Bank IBAN: DE 75 1007 0848 0525 6078 06 BIC: DEUTDEDB110; Erscheinungsweise: 10-12x jährlich Auflage:1.000 Exemplare, V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Carsten Schulz, Layout: Grace Irazoque, Druck: Bunter Hund; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/r Autors/In wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. **Textabgabe-Termin ist jeden 15. des Monats**, für die Janua-Febuar 2016 Ausgabe war er am 15.01.2016. Schlussredaktion: 27.01.2016. **Januar- Schlussredaktion 27.01.2016. März 2016-Planung 10.02.2016, Nächste Schlußredaktion 24.02.2016 nur nach Absprache!** Diese Nummer erscheint **online** voraussichtlich am 03.02.2016, in Druckversion am 12.02.2016.

DIE_LUPE_Januar_Febuar_2016_Color_GRAU_.indd 8 10.02.2016 10:00:55